



Pressemitteilung

15. Dezember 2014

((2.715 Zeichen))

Vordringlicher Bedarf: Verkehrskonferenz für Landshut

Der bayerische Verkehrsminister Joachim Herrmann in seiner Presseerklärung vom 9. Dezember drei wichtige Punkte benannt. Erstens wird die Planung der B15neu nicht mehr von der Autobahndirektion Südbayern weiterbearbeitet, sondern an die örtlich zuständigen staatlichen Bauämter Landshut, Freising und Rosenheim vergeben. Denn es handele sich nicht um eine Autobahn.

„Unser vorrangiges Ziel muss es sein, die bestehenden Ortsdurchfahrten vom Durchgangsverkehr zu entlasten“, so der Minister. „Mit den betroffenen Gemeinden, müsse geklärt werden, auf welche Weise dies am besten erreicht werden könne. Dies gelte ganz besonders für Landshut, wo Bürgermeister und Landrat nachdrücklich für eine Ostumgehung eintreten.“

Zweitens könne die Planung der B15 neu auf Grund der Proteste insbesondere aus den Landkreisen Rosenheim und Mühldorf nicht unverändert bleiben. Insbesondere sei „auch zu hinterfragen, ob südlich von Landshut nicht auch eine normale einbahnige wechselnden Überholspuren ausreicht“.

Drittens kündigte er an, im kommenden Frühjahr gemeinsam mit den Bürgern der betroffenen Region eine Bürgerversammlung abzuhalten.

Alle drei Feststellungen sieht die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der Autobahntrasse Regensburg-Rosenheim als Schritte in die richtige Richtung.

„Wenn B15 neu nicht mehr der Tarnname für eine Autobahn A93 quer durch das oberbayerische und niederbayerische Hügelland ist, sondern wirksame örtlich angepasste Verkehrsentslastungsmaßnahmen im Zuge der bestehenden B15 neu angedacht wird, begrüßen wir dies“, so die Vereinsvorsitzende Gisela Floegel.

In Landshut kreuzen sich drei Bundesstraßen, die B11, die B15 und die B299. Es ist also auch Bundesangelegenheit hier für Verkehrsverbesserungen zu sorgen. Wenn gleichzeitig die sogenannte Raumordnungs- und die Anmeldetrasse gestrichen und Mittel der Autobahn für Lösungen in Landshut umgeschichtet werden, und dies in der Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan festgeschrieben wird, „werden wir uns diesen Plänen nicht entgegenstellen“.

Die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der Autobahntrasse Regensburg-Rosenheim fordert daher eine Verkehrskonferenz aller beteiligten Parteien und Kommunen, die sich ernsthaft um eine Lösung bemühen. Um hier weiterzukommen, haben die Autobahngegner dem Minister in einem Brief ihren Vorschlag vom Juli wiederholt, eine Verkehrskonferenz aller Beteiligten in Landshut abzuhalten.

Es wird jetzt wichtig, gemeinsam an einer Lösung der Detailprobleme zu arbeiten. Denn es kann keinesfalls darum gehen, gemäß St. Florian, eine Verlegung der Autobahntrasse von einer Gemeinde und einem Landkreis auf das jeweils benachbarte Gebiet zu erreichen.

DIE GEMEINSCHAFT DER BETROFFENEN UND GEGNER DER B15 NEU
Pressemitteilung

Hinweis für den Verleger

Die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu wurde 1974 gegründet, als die Pläne für die geplante Trasse Regensburg – Rosenheim bekannt wurden. Seitdem haben sich mehr als 25 Bürgerinitiativen dem Anliegen zum Stop der B15 neu an der A92 angeschlossen.

Presseinformation

der Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu und die Bürgerinitiativen
Stop B15 neu
Gisela Floegel
Vorsitzende der Gemeinschaft
84137 Vilsbiburg
Telefon 08741 6753 oder 016092662145

Anlagen

((B15-neu-Anmeldetrasse-06122014-Detail.jpg, BU:))

An allen Trassenvarianten der B15 neu hagelt es Proteste der Bürger und ihrer politischen Vertreter: Um den gordischen Knoten zu durchtrennen, ist eine Verkehrskonferenz zur Lösung der Landshuter Probleme unerlässlich, so die Sprecherin der Gemeinschaft der Gegner der Autobahntrasse B15 neu, Gisela Floegel.